

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich beigefügt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zustellboten und die Geschäftsstelle Postgauerstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Vierung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf. einkl. Umhüllerei, Schwärzer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgzshalle.

Nr. 30.

Donnerstag, den 12. März 1931.

34. Jahrg.

## Am Beobachtungsstand.

Die Reise der neun deutschen Großindustriellen nach Sowjetrußland, die sehr überaus lang hatte wieder einmal das ganze Jahr und Wäber in ungeren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu einer heftigen Debatte auflockern lassen. Beides drängt sich ja drastisch genug auf, und selbst wenn man dabei einmal vom Politischen absehen will — worauf freilich sofort der Einwand kommt, daß man dies gar nicht tun könne und dürfe — und lediglich das wirtschaftspolitische Verhältnis in den Kreis der Betrachtung zieht, so sprechen hier für und Wäber nicht minder laut. Gewiß sind umfangreiche Bestellungen russischerer Güter bei der deutschen Industrie erfolgt, aber es hat dabei an großen Schwierigkeiten nicht gefehlt, die eben vor allem aus der so ganz andersartigen „antikapitalistischen“ Wirtschaftsstruktur des heutigen Rußlands mit seinen Außenhandelsmonopolen usw. resultieren. Außerdem hatten wir namentlich in letzter Zeit ganz außerordentlich unter dem Warenumpung Rußlands zu leiden, wurden also Güter in Massen nach Deutschland weit unter verminderten Verkaufspreis exportiert. Und schließlich verlangen die Russen bei ihren Bestellungen auf deutsche Waren ganz unverhältnismäßig lange Zahlungsfristen, so daß hier sehr große Kredite eingeleistet werden mußten, die vom Reich bzw. den Ländern garantiert wurden. Auf der anderen Seite ist aber Rußland das große Loch im europäischen Wirtschaftskreis, eine Art Vakuum, das als Absatzgebiet nur wenig in Frage kommt trotz der 150 Millionen Menschen, die dort wohnen. Und vermindert ist es nicht, daß sich um die Gegenwart und die Zukunft selbst dieses wirtschaftlich nicht annehmbar zu behandelnden Absatzgebietes die großen Industriestaaten scharf bekämpfen. Wäber und zu allerdingst schlägt man vor dem russischen Export die Tür zu, aber liefern möchten sie alle noch der erwähnten und noch anderer Schwierigkeiten. Das wissen die Russen und handeln entsprechend; und Deutschland ist dabei merkwürdig nicht bevorzugt worden, obwohl wir nach dem Vertrag von Rapallo und dann nach dem von Berlin glauben, zu etwas erwarten zu dürfen. Wenn die deutschen Industriellen, wie verlautet, in Moskau nach dieser Richtung hin eine für eine Verwirklichung für die nächste Zukunft erreicht haben, also mit größeren Bestellungen für unsere Schwer- und Elektroindustrie zu rechnen wäre, so können wir, die wir heute wirtschaftlich von einer sehr mangelhaft gefüllten Hand in den Mund leben, damit nur zufrieden sein. Daß dabei aber auch die Reichsregierung durch Kreditbereitstellung mithelfen muß, man darf auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit dem Rußengeschäft wohl schon heute denken.

Natürlich ist das Ergebnis der Moskau-Reise auch unter dem für Deutschland so wichtigen Gesichtspunkt einer mäßigen Wäberung zu beurteilen. Endlich, mit dem Ende Februar ist ja nun zum erstenmal seit langen, langen Monaten ein wenn auch nur leichtes Sinken der Arbeitslosenfrage erfolgt. Es ist zum Teil ein „saisonbedingtes“ Steigen des Beschäftigungsgrades. Der Bedarf an Verbrauchsgütern ist zwar inwäberig sehr groß, sowohl beim Konsumenten selbst wie beim Handel, aber hier wie dort fehlen die Mittel, um diesen „aufgeschauenen Bedarf“ schnell und umfangreich in das Material der Bestellungen und Käufe abliefern zu lassen. Immerhin ist ein langames, allmähliches Tröpfchen und Nischen in manden Gebieten der Wirtschaft zu verspüren. Soffentlich zeigen später noch die Saisongewerbe, also vor allem die wichtigsten unter ihnen, Landwirtschaft und Baugewerbe, was sie in der Aufnahme von Arbeitslosen leisten können! Die 800 000 unbeschäftigten Bauarbeiter seien allerdings auch, wie fäberig, es in dieser deutschen Schließungsperiode seit langem bestellt ist.

Und die Landwirtschaft? Hier handelt es sich ja — leider — nicht nur um große wirtschaftliche, sondern um weitreichend noch größere politische Schwierigkeiten. Hier soll erst noch ein Programm in die Tat umgesetzt werden, das selbst in recht beträchtlichen Teilen der Landwirtschaft als unbefriedigend und unzureichend bezeichnet wird. Singsu kommen die bekannnten politischen und parteipolitischen Auseinandersetzungen, die auch die stärksten wirtschaftspolitische Organisation der Landwirtschaft durchzuführen und dort um den maßgebenden Einfluß ringen. Nun aber hat der Bundesrat des Reichs-Landbundes den Beschluß gefaßt, sich von den partei- und machtpolitischen Kämpfen fernzuhalten; die Voraussetzun-

gen für einen solchen partei- oder machtpolitischen Anspruch seiner Strafe erachtet der Bund unter den gegebenen Verhältnissen für nicht vorhanden und daher überläßt er die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Wirtschaft und der politischen Lage sowie der entsprechenden Gesetzgebung ganz der Regierung und den Parteien. Diese Neutralität nach beiden Seiten hat sich freilich weder auf der einen noch auf der anderen Seite Zufriedenheit erwecken und Jastig finden. Aber wenn das Offiziell- und das Agrarprogramm erst einmal Gesetz sind, dann steht gerade der Reichslandbund vor der Aufgabe, als berufständliche Interessenvertretung die Strafe nicht in der Parteipolitik, sondern auf wirtschaftspolitischem Gebiet einzusetzen, und zwar vor allem in jenem Teil des Agrarprogramms, in dem nun die Linien für die künftige Selbsthilfe der Landwirtschaft abgezeichnet worden sind.

## Panzerkreuzer B taucht auf.

Vorläufige Stimmabhaltung der Sozialdemokraten.

Aber die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Wäber, insbesondere zum Panzerkreuzer B, hat die mit Spannung erwartete Beratung des Marineausschusses noch nicht die abschließende Klärung gebracht. Die vorläufige Stimmabhaltung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss und die Erklärung, daß noch Verhandlungen mit der Regierung im Gange sind über Jastigabstände auf feuer- und sozialpolitischen Gebiet, von deren Ausfall die endgültige Stellung der Sozialdemokraten abhängig gemacht wird, brachte keine Überzeugung mehr. Man hatte in parlamentarischen Kreisen bereits vorher vermutet, daß die Sozialdemokratie ihre Karten noch nicht aufdecken, sondern sich den Trumpf wahrscheinlich bis zur dritten Lesung des Etats im Reichstag vorbehalten würde. Die Erklärung, die der sozialdemokratische Abgeordnete S. in die Sitzung brachte, daß seine Fraktion sich bei der Abstimmung über die angeforderte erste Rate für das Panzerschiff B im Ausschuss zunächst der Stimme enthalten werde. Die Fraktion verlange, daß die durch das Flottenbauprogramm erwachsende finanzielle Belastung durch eine entsprechende Entlastung der öffentlichen Haushalte ausgeglichen werde. Sie werde bestimmte demeritische Anträge einbringen und erwarte gleichzeitig ein Entgegenkommen bei ihren Forderungen auf sozialpolitischen Gebiet. Erst wenn diese Fragen geklärt seien, könne eine endgültige Stellungnahme der Fraktion zu den angeforderten Schiffbauten erfolgen.

Aber hatte die Abgeordnete darauf hingewiesen, daß seine Fraktion den bisher angeforderten Etat für das Panzerschiff A die Zustimmung verweigert habe und daß sie sich fäberig fäberig Veranlassung vorliege, zum Panzerschiff B eine andere Stellung einzunehmen. Der Wäberminister habe im Mai vorigen Jahres betont, daß er wegen der angebotenen Haushaltslage auf die erste Rate für das Panzerschiff B verzichte. Der neue Haushalts sei noch angepannter als der vorläufige. Die Regierung hätte daher nach Ansicht der Sozialdemokraten alle Veranlassung, auch diesmal auf die Jastigabnahme des zweiten Panzerschiffbaues zu verzichten. Wenn von der Regierung und den bürgerlichen Parteien auf die innenpolitische Gefährdung hingewiesen worden sei, so verheißte sich die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Wäber des Reichismus interessierten Parteien aus der augenblicklichen Lage gewisse politische Forderungen zu ziehen hätten. Die sozialdemokratische Partei habe aber

entsprechende Gegenforderungen zu stellen. Für die Staatspartei erklärte Dr. Sitt, daß seine Freunde die angeforderten Mittel bewilligen würden, ohne damit politische Kompensationen an anderen Gebieten zu verbinden. Die Marine müsse innerhalb der gegebenen Möglichkeiten auf der

größtmöglichen Leistungshöhe erhalten werden. Die gleiche Forderung stellte auch der Zentrumsabgeordnete Erling, der darauf hinwies, daß von den Neubauten für die Schiffe etwa drei Viertel auf Gehälter und Löhne entfielen. Der Bau des zweiten Panzerschiffes müsse auch deshalb in Angriff genommen werden, da größere Arbeitsverhältnisse in Bismarckshafen und Kiel vermieden werden müßten.

Francois (Wirtschaftspartei) beantragte, daß die Ersatzbauten der Reichsmarine zum Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen gemacht würden, und betonte, daß diese Bauten der deutschen Arbeiterfraktion nur nützlich seien, da

reiche Arbeitsgelegenheit geschaffen werde. Singsu (Deutsche Volkspartei) stimmte der ersten Bauart für das Panzerschiff B Bedinaunazlas

zu. Seine Freunde behaupteten es, daß die Sozialdemokratie den Bau des Panzerschiffes dazu benutzen würde, um auf anderen Gebieten Vorteile herauszuschlagen.

Die Sozialdemokratische Fraktion zu der Bauart.

Nachdem die Wäber der Parteien Stellung genommen hatten, hielt

Reichswehrminister Dr. Gröner eine kurze Rede. Er wies darauf hin, daß bei der Landesverteidigung Deutschlands die Offize eine besondere strategische Rolle spiele. Diese strategische Rolle der Offize sei nach dem Weltkrieg durch die ungenügende Grenzierung im Osten noch gestiegen.

Der Minister erklärte, er werde bei seinen politischen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun zu Lande und zu Wasser, um

den Schutz Südrheins mit den äußeren Mitteln zu gewährleisten. (Schäfer Beifall.) Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wäberaufbau unserer Seekräfte in dem durch Verfall des getassenen Rahmen entschlossen habe, habe und falls er mit dieser einmal in Angriff genommenen Flottenpolitik ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Admiral Räder, der Chef der Marineleitung, sagte abschließend, die von Reichswehrminister bediente experimentelle Linie werde sowohl vom Offizierskorps wie auch von Unteroffizieren und Mannschaften kritisch innewacht. Die Marine sei ein einheitliches unverrückbares Instrument der Verfassung.

Die Bauart für das Panzerschiff B wurde dann bei Stimmabhaltung der Sozialdemokraten gegen die Stimmen lediglich der Kommunisten mit den Stimmen aller übrigen Parteien bewilligt. Auch alle übrigen Positionen des Marineauschusses wurden ohne Wäber und Änderungen genehmigt.

## Unparteiische Auswahl des Wehrerzages.

Kein Militär als Arbeitererz.

Die Auswahl, die bei dem Ersatz für die Reichswehr getroffen wird, ist des öfteren Gegenstand von Angriffen politischer Parteien gewesen. Man hat dem Reichswehrministerium und einzelnen Kommandoführern der Vorwürfe gemacht, daß sie bei der Auswahl des Ersatzes nicht allein auf die militärische Geeignetheit der Kandidaten, sondern auch politische Momente haben mitwirken lassen. Diese Vorwürfe kamen jetzt erneut bei der Einzelberatung des Wehrhaushalts des Reichstages zur Sprache. Reichswehrminister Gröner betonte dagegen, es sei durchgängig in verschiedenen Fällen von ihm selbstorgeordnet, daß sowohl der Offiziers- als auch der Mannschaftenersatz auf unparteiische und die persönliche Eignung zutreffende Weise erfolge. Von sozialdemokratischer Seite wurde trotzdem die Auffassung aufrechterhalten, daß Leute, die in ihrer Jugend einmal der Arbeiterportbewegung angehört hätten, in die Reichswehr nicht hineinkommen könnten. Der gute Wille des Reichswehrministers, daß er einen unparteiisch gewählten Offiziers- und Mannschaftenersatz beschaffte, sei wohl anzuerkennen, aber die unteren Kommandoführern dächten anders und ihr Verfahren entspräche nicht dem Willen des Wehrministers. Auch der Zentrumsabgeordnete behauptete, daß sehr oft Klagen über Parteilichkeit und Protektionismus bei dem Mannschaften- und Offiziersersatz vorgebracht würden. Er ließe es allerdings dahingestellt, ob diese Klagen sämtlich berechtigt seien. Jedenfalls hat er darum, daß der Minister immer wieder den Truppenkommandeuren die unparteiische Auswahl des Mannschaftenersatzes ans Herz legen solle.

Weiter wurde im Ausschuss von den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Beschwerde über den in den Mannschaftenersatz ausliegenden Defizit geführt, der meist sehr einseitig rechtsradikalen Charakter trage. Für das Reichswehrministerium erwirbete General von Schleicher darauf, den Reichswehrangehörigen habe die Wahl ihres Vorgesetzten frei. Mit Verboten wurde man nicht das Gegenteil von dem erreicht, was man erzielen wollte.

Von kommunistischer Seite waren zahlreiche Anträge eingegangen, die der Ablehnung verfielen, darunter auch ein Antrag auf Streichung des Gehaltes des Wehrministers. Angenommen wurde dagegen, und zwar unter Zustimmung des Reichswehrministers, ein Antrag, wonach Angehörige des Reichsheeres und der Marine nicht als Ersatz für fäberigende oder ausgeperrte Arbeiter verwendet werden dürfen.

Bei dem Kapitel „Berdeerlast“ beantragte der sozialdemokratische Berichtserstatter, daß der Durchschnittspreis für die Remonten von 1350 Mark

auf 1500 Mark angehört worden sei. Das Reichswehrministerium begründete dies damit, daß die östpreussische Pferdezahl immer mehr zur Stallfütterung übergegangen und daß die Fucht der allein mittelbar brauchbaren warmblütigen Pferde nur dann zu erhalten sei, wenn den Züchtlern der Zutritt, der ihnen vorübergehend aus der Pflicht abgah, aber ungenutzt sei, durch eine Erhöhung des Durchschnittspreises erzielt würde. Schließlich wurde eine Entschädigung angenommen, wonach mit Zustimmung des Reichswehrministers Geräte (Ausstattungsgegenstände) für unpolitische soziale Zwecke zur Steuerung der Erwerbslosigkeit Jugendlöhner unentgeltlich leihweise überlassen werden können. Damit war der Reichswehrvertrag erledigt.

### Das Flottenabkommen.

Nicht Abrüstung, sondern gleichmäßige Aufrüstung. Der Inhalt des mit englischer Hilfe zustande gekommene Flottenabkommens zwischen Frankreich und Italien über den in der letzten Tagung die mannigfaltigsten Gerüchte und Vermutungen laut wurden, ist jetzt offiziell bekannt gegeben worden. Das Abkommen heißt bezüglich des Baues von Zerstörerbooten vor, daß beide vertragsschließenden Staaten bis zum 31. Dezember 1936 je zwei Zerstörerboote bauen dürfen mit einer bestimmten Wasserverdrängung und vorgeschriebenem Geschwindigkeit. Bei Fertigstellung jeder dieser Boote muß die entsprechende ältere große Kreuzer abzurufen. Ferner wird eine gleichmäßige Erhöhung der Zerstörerboottonnage von 175 000 Tonnen auf 181 000 Tonnen festgelegt. Auch der Bau von Flugzeugmutter Schiffen ist beiderseits gleichmäßig geregelt und die beiden Regierungen verpflichten sich, einander vor dem Beschäftigen von Wasserkräften in der See zu warnen. In ähnlicher Weise werden Übereinkommen über den Bau von Kreuzern und U-Booten getroffen.

Über den Beitritt Italiens und Frankreichs zum Londoner Flottenpakt bestimmt das Abkommen, daß Frankreich und Italien sich bereit erklären, die Abmachungen des Letzteren mit dem Londoner Vertrag anzunehmen, sofern diese nicht mit den Bestimmungen des gegenwärtigen Abkommens im Widerspruch stehen. Im Augenblick der Unterzeichnung dieses Abkommens sollen die Gliedstaaten des englischen Weltreiches sowie Frankreich und Italien und die übrigen Unterzeichner des Londoner Vertrages eine Erklärung unterzeichnen, die wie folgt lautet:

Das gegenwärtige Abkommen ist kein dauerndes Verhältnis bei irgendeiner Schiffsklasse zwischen den Gliedstaaten des englischen Weltreiches, Frankreich und Italien fest, insbesondere soll dieses Abkommen der Frage nicht vorgreifen, ob und in welcher Weise Tonnage, die im Dezember 1936 veraltet ist, wieder ersetzt werden kann.

### Ein Arbeiter-Kriegsminister für Ärmung.

Englands schlechte Erfahrungen mit der Abrüstung. Bei der Aussprache über den Vorschlag für die Armee ging der Labour-Kriegsminister Tom Shaw eingehend auf die Abrüstungsfrage ein. Er betont, er wolle keine geschäftigen Unterredungen zwischen den Nationen machen, aber er hätte doch einen jeden, der ein Interesse an der Sache der Abrüstung habe, einmal an Hand des vom Völkerbund herausgegebenen Bandbuches genau die tatsächlichen Verhältnisse zu studieren. Es scheie außer Zweifel, daß die enorme Aufrüstungsbeimischung der englischen Armee bei den anderen Ländern keine entsprechende Antwort gefunden habe. Unter diesen Umständen, sagte der Kriegsminister Shaw, sei es unmöglich, weiterhin die Politik der Abrüstung zu empfehlen. Die Ärmung Englands zu unterstützen. Die Ärmung Englands, die Erfahrung sprach dagegen, und nach seiner Ansicht sprächen auch die Aussichten auf Frieden und Abrüstung dagegen. Die englische Regierung werde alles tun, um den Tag herbeizuführen, an dem die Abmachungen in den ganzen Welt durch internationale Abkommen herbeigeführt werden. Im Augenblick sei es aber gänzlich unmöglich, eine Herabsetzung vorzuschlagen.

### Grenzfonds von 15 Millionen.

Erklärungen Seeverings im Hauptauschuß des Preussischen Landtages.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages nahm bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums im Laufe der Aussprache Minister Seevering das Wort. Gegenüber dem allgemein geäußerten Wunsch, wieder einen Grenzfonds in den preussischen Haushalten einzuführen, erklärte der Minister, er hoffe, daß sich die Verwirklichung von 15 Millionen Mark durch Erparnisse im Haushalt ermöglichen lassen werde. Zur Anlage der Gemeinden betonte der Minister, daß die Gemeinden nicht in der Lage wären, die Verwirklichung aus eigenen Mitteln zu unterstützen. Es seien Verhandlungen zwischen Reich und Preußen über die Bereitstellung von Mitteln an die Gemeinden im Gange, doch könne er Einzelheiten noch nicht bekanntgeben.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bekräftigt der Minister entschieden, das Volksbegehren abschließend verbleibe zu haben. Es sei keine Pflicht gewesen, sich zu stellen, ob die nötige Zahl der Unterzeichner im Wahlbezirk vorhanden gewesen wäre, um so mehr, als bekannt gewesen sei, daß in der Stadtverordnetenversammlung über die Frage der Zweckmäßigkeit des Volksbegehrens die Meinungen geteilt gewesen wären. Zur Erneuerung der Wasserwerkskommission erklärte der Minister, daß von amtlichen Stellen Bedenken gegen die Einleitung etlicher Offiziere laut geworden seien. Deshalb sei die Prüfung pflichtgemäß erfolgt. In Preußen konnte kein Vorkommnis zur Veranlassung, sondern die Beamten mußten durch die Sachlagen und Stellung des Sachverhalts erörtern, daß sie wohl und ganz zur Verfügung des Staates und des Reiches stehen.

### Eine Kirchenfondserhebung in Berlin.

Die Berliner Stadtgemeinde verabschiedete den Haushaltsplan für das kommende Wirtschaftsjahr. Es wurde beschlossen, außer der Kirchensteuer in Höhe von 10 Prozent der Einkommenssteuer zur Deckung des Bedarfes von 1,1 Millionen Mark ein Kirchengeld zu erheben. Die Sondersteuer beträgt je nach dem Einkommen eine bis zehn Mark im Jahre.

### Politische Gegenwartfragen.

Erklärungen des Reichsfinanzministers Dietrich in Augsburg.

In einer geschlossenen Versammlung der Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei sprach Reichsfinanzminister Dietrich über politische Gegenwartfragen. Der Ausspruch für die Arbeitslosenfrage konnte die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Das konnte die Reichsregierung, dazu brauche sie aber etwas Ruhe im Sommer.

Im Reparationsfrage erklärte der Minister, es frage nicht daran, daß man nicht die nötige Einsicht hätte, sondern daran, daß man die politischen Möglichkeiten nicht kenne.

Der Young-Plan gelte von Voraussetzungen aus, die die anderen nicht erfüllten.

Die Reichsregierung werde handeln, wenn sie es für zweckmäßig halte. Die Dinge würden sich zwangsläufig entwickeln, und man solle Vertrauen haben zur Reichsregierung, die nun werde, was sie nach reiflicher Überlegung für notwendig erachte. Heraus aus der Lage können wir nur, wenn das Volk bereit ist, daß wir uns nicht gegenüber dem Schicksal einschlagen dürfen, sondern an den großen Aufgaben der Gegenwart mitarbeiten müssen.

### Schiffbau- und Agrarprogramm unzureichend

Eine Erklärung des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund teilt mit: Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat den Bericht des geschäftsführenden Präsidiums, Grafen von Kalreuth, entgegengenommen und billigt die Haltung und die Maßnahmen, die das Präsidium in Ausübung der Kampfbefehle vom diesjährigen Reichslandbundtag ergriffen hat.

Ausdrücklich erklärt auch der Bundesvorstand die seitdem bekanntgewordenen Agrarvorlagen einschließlich der Hilfe für unzureichend, insbesondere wegen Nichtberücksichtigung unserer Forderungen auf dem Gebiete der allgemeinen Aufenseitigung und der inneren wirtschaftlichen Maßnahmen sowie des Fehlens jeder Garantie für sofortige und ungehinderte Durchführung der Vollmaßnahmen.

Den inneren und außerhalb der Reichsregierung verfaßt zutage tretenden landwirtschaftlichen Kräften gilt nach wie vor unser härtester Kampf. Eine Einwirkung auf die Parteien in den gegenwärtigen rein politischen Entscheidungen lehnt der Bundesvorstand ab. Die Verantwortung für die Lage und die weitere Entwicklung der Sechsehung auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet liegt ausschließlich beim Reichsministerium und den Parteien.

### Die Beamten und das Volksbegehren.

Die Seevering im Hauptauschuß des Preussischen Landtages.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages äußerte sich bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums der Minister des Innern, Seevering, über das Volksbegehren des „Stahlhelms“ auf

Auflösung des Landtages.

Er erklärte, daß der Landtag, abseits von dem 19. Mai 1932 neu gewählt werden müsse. Die Annullierung der vorgeschriebenen Fristen würde ein ereignisreicher Volksentscheid notwendig führen, das bis ins Jahr 1934 früher gescheit wäre. Es sei unverantwortlich, deshalb den größten Teil des deutschen Volkes monatlang in politische Unruhe zu führen.

Die Stimmen des Volksbegehrens

und etwaigen Volksentscheides beließen sich auf ungefähr eine Million Wähler, ungenügend die Stimmen, die den Gemeinden entfallen. Diese Angaben seien nicht zu rechtfertigen, besonders heute nicht, wo es darauf ankomme, unter Zusammenfassung aller Kräfte und unter Vermeidung aller unnötigen Beunruhigung den Staat und das Volk zu erhalten.

Zur Frage der Beteiligung der Beamten am Volksbegehren erklärte der Minister, daß der Beamte das Recht habe, sich am Volksbegehren zu beteiligen und auch für den eventuellen Volksentscheid zu stimmen. Beamte aber, die sich bei einer beabsichtigten Ämterkündigung die preussische Staatsregierung aktiv beteiligen, machen sich disziplinarisch strafbar.

### Wo bleibt der Luftschutz?

Der Reichshausierbund für Wehrkräfte.

Der Deutsche Reichshausierbund für Wehrkräfte, wie er aus einer erneuten Sitzung des Bundesvorstandes über die im Rahmen der „Deutschen Front“ stehenden Aufgaben hervorgeht, ein für die Wehrkräfte, die gemäß § 8 der Völkerbundsatzung unsere nationale

Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleistet.

So hat der Reichshausierbund in einem Schreiben an den Reichsminister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß die Wehrkräfte der Nation zunächst gefördert werden müsse, daß Deutschland nicht so zu weit hilflos übergriffen und Grenzverletzungen kleinerer Nachbarn ausgeübt bleibe. In Verbindung hiermit wolle der Bundesvorstand auf das

wichtige Fehlen des Luftschutzes hin. Die Luftmanöver, die im vorangehenden Jahre in England, Frankreich und der Schweiz stattgefunden hätten, sollten eine ernste Warnung für diejenigen amtlichen Stellen sein, die bisher von ausführenden Maßnahmen deshalb abgesehen hätten, da sie keine Verantwortung in die Bevölkerung hätten hineinbringen wollen. Gerade da das Gebiet des Luftschutzes in weitestgehendem Maße die verhältnismäßige

Mitarbeit der gesamten Bevölkerung erheische, sei es notwendig, sobald wie möglich durch umfangreiche Vorkehrungsmaßnahmen die ersten Vorbereitungen für jene Zusammenarbeit im Volk zu schaffen. Der Reichshausierbundvorsitzende hat dem Landtag, daß nur eine nach außen hin geklärtete Nation den Geist bewahren werde, der das notwendige Selbstgefühl erzeuge und die nötige nationale Entwicklung sichere.

Feierschichten nicht tarifwidrig.

364 Bahnarbeiter klagen gegen die Reichsbahn.

In dem Prozeß der 364 Reichsbahnarbeiter und -handwerker gegen die Deutsche Reichsbahngesellschaft wurde vom Berliner Arbeitsgericht das Urteil verkündet. Die Kläger hatten die Entgeltung von Feiertagen durch die Reichsbahn als mit dem Tarifvertrag in Widerspruch stehend angefochten und Entschädigung für die ausfallenden Arbeitstage verlangt. Das Urteil erkannte auf Abweisung der Klage, da die Arbeitszeit und Lohnzahlung nicht als abhängig von tarifwidrig angesehen werden könne. Die Bestimmung über die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit sei keine Normativbestimmung und daher abdingbar. Gegen dieses Urteil werden die Kläger auf Betreiben der Gewerkschaften Berufung einlegen.

### Befriedigendes Ergebnis der Auslandsfahrt

Neuaufträge für die deutsche Industrie.

Die deutschen Industriellen, die auf Einladung des Obersten Wirtschaftsrates zu Besprechungen und Besichtigungen in Moskau und Leningrad waren, reisten nach Berlin zurück.

Über die Besprechungen wird eine gemeinsam vereinbarte Erklärung ausgegeben, die feststellt, daß die Aussprache zu befriedigenden Ergebnissen im Hinblick auf die Reihe von Besprechungen, die sich im bisherigen Aufnahmestadium ergeben haben, wie auch für grundsätzliche geschäftliche Aussprache über ziemlich bedeutsame neue russische Investitionen, die von den Russen in absehbarer Zeit an die deutsche Schwerindustrie vergeben werden sollen.

### In ganz Deutschland werden die Glocken läuten.

Der zehnte Jahrestag der Abfassung in Oberhessen.

Wie von zünftiger Stelle mitgeteilt wird, daß zwischen Vertretern der Reichs- und der preussischen Regierung eine Besprechung über die Feiern in Oberhessen aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Abfassung stattgefunden.

Über die Feiern

ist ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden. Der 20. März wird in Oberhessen schulfrei sein. In allen anderen preussischen Schulen wird eine Gedenkfeier stattfinden. Die übrigen Länder sind gebeten worden, gleichfalls Gedenkfeiern anzuordnen. Am Sonntag, den 22. März, finden die amtlichen Feiern

statt; bei der Feier in Dörfeln wird am Vormittag ein preussischer Minister, voraussichtlich der Innenminister Seevering, die Festrede halten. Um 11.30 werden

in ganz Deutschland die Glocken läuten.

In den übrigen Orten Oberhessens werden zwischen elf und zwölf Uhr lokale Feiern abgehalten werden. Auf der großen Feier in Weiden spricht Reichsminister Brüning. An dieser Feier wird auch der preussische Minister, der in Dörfeln spricht, hauptsächlich als Minister Seevering, teilnehmen.

### Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Schwierigkeiten der russischen Industrienaufträge.

Nach der Rückkehr der deutschen Industrievertreter von ihrer Auslandsreise sind im sogenannten Auslandsauschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eine eingehende Aussprache statt. Die Moskauer Vereinbarung deutet bereits darauf hin, daß die schwierige Aufgabe zu lösende Frage neben der einer vernünftigen Organisation des Geschäftsvorganges die Frage der Finanzierung bzw. der Kreditierung sein dürfte, wobei von russischer Seite allen Anschein nach verhältnismäßig lange Laufzeiten verlangt werden. Vorbedingung für die Durchführung der Aufträge dürfte die Gewährung einer Reichsgarantie sein.

Abschaffung des 1. Mai als Feiertag in Braunschweig.

Dem Braunschweigischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, demzufolge der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag aufgehoben wird. In der Begründung heißt es u. a.: Abweichen von Parteilangebühren der internationalen Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei verleihe kein Staatsangehöriger, das in der heutigen Zeit des schwersten wirtschaftlichen Nennens noch ein besonderer Feiertag bestehe, der ausschließlich dem Zwecke einseitiger Parteidarstellung diene.

Eine Warnung des bayerischen Innenministers.

Im Bayerischen Landtag erklärte Innenminister Dr. Stügel, die bayerische Regierung sei auf der Hut, auch wenn sie nicht davon spreche. Die Sicherheit des Staates sei nach jeder Richtung hin garantiert. Die Regierung habe die Macht, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, und werde alles in ihrer Macht stehende, die öffentliche Ordnung entgegenzutreten. Das habe er denen, die vielleicht mit dem Gedanken spielten, das Abwehrinstrument der Regierung zu erproben.

D Bayern gegen Gefrierfleischimporte.

Der Bayerische Landtag hat mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Linksparteien den Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen, durch den die Staatsregierung erucht wird, im Reichsrat gegen die Einfuhr von Gefrierfleisch Stellung zu nehmen. Zum erstenmal seit langer Zeit stimmen die Nationalsozialisten wieder mit ab.

### Frankreich

Ein neuer französischer Finanzplan.

Die schon seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über Schwierigkeiten der Bankengruppe, die an der Finanzierung des französischen Luftfahrtunternehmens „Aéro Postale“ beteiligt ist, haben ihre Bestätigung dadurch erfahren, daß drei Banken infolge des Zusammenbruchs der Luftfahrtgesellschaft ihre Zahlungen einstellen mußten. Wie bei dem Duffre-Plan, sind wieder verschiedene führende politische Persönlichkeiten in die Angelegenheit verwickelt.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der frühere Reichskanzler Hermann Müller ist wieder an seinem alten Wohnort in Bonn erkrankt und mußte in ein Krankenhaus aufgenommen werden.

Berlin. Am Freitag wird der evangelische Kirchenrat zu einem Briefe des preussischen Staatsministeriums zum Ende der letzten Woche Stellung nehmen, der sich mit der Frage des Kirchenvertrages beschäftigt.

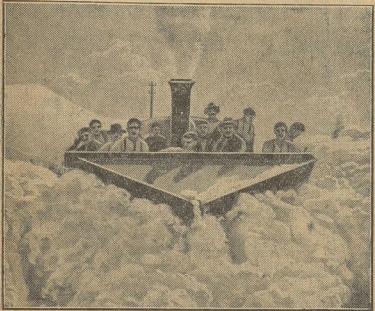
Neval. Der deutsche Gesandte in Neval hat erneut beim estländischen Außenminister in dringender Form den Zusammentritt der Entschädigungskommission verlangt, die sich mit der Frage einer angemessenen Entschädigung für die entgangenen deutschen Güter befassen hat.

# Ganz Mitteleuropa eingeschneit.

Schneemengen von unerhörter Appiquität.

Die berühmten älteren Leute erinnern sich nicht, und es ist überhaupt noch nicht dagewesen... namentlich, daß so viel Schnee bekommen war wie in diesen Frühlingsmonat März. Aus allen Ländern Mitteleuropas, aber auch aus Gegenden, die mit Mitteleuropa nichts mehr zu tun haben, kommen jetzt jeden Tag Meldungen über neue gewaltige Schneefälle. Wohin man sich auch wenden mag, überall schneit es, und es gibt augenblicklich in Deutschland sojagende kein Fleckchen Erde, das nicht mit Schnee bedeckt wäre. Gärten vor wenigen Tagen noch Schneeföhnen von einem Meter als nichts Besonderes, so sind diese „Höhler“ heute kaum noch besetzt, bei einem Meter Schnee fängt der richtige Schnee schon überhaupfert an.

Und mit dem Schnee hält vielerorts die Kälte wieder Schritt. Nur einige Stützproben aus der Mitte der zweiten Märzwoche: In der Höhe A, einem sonst schneearmen Gebiete, lagen durchschnittlich 35 Zentimeter Schnee bei 10 Grad Kälte; der Ort B meldete bis 115 Zentimeter Schnee und 10 Grad, der Thüringer Wald bis 128 Zentimeter und 12 Grad, das Erzgebirge bis 165 Zentimeter und 11 Grad, das Riesengebirge bis 165 Zentimeter und bis 17 Grad, der Schwarzwald bis



Schneefläche,

die in der Schnee Verwendung finden, um die großen Schneemaschinen auf den Eisenbahnen zu betreiben.

360 Zentimeter und bis 14 Grad, die Bayerische Alpen bis 255 Zentimeter — das Schneefernrohr so gar über 350 Meter — und teilweise 22 Grad, schließlich die Osterr. Alpen bis 175 Zentimeter und bis 15 Grad.

## München im Schnee voran.

Als völlig verschneit präsentierte sich München: es war geradezu im Schnee versunken. Selbst die Autos kamen kaum noch vorwärts, von den Straßenbahnen gar nicht zu reden. Schneefläche bis an die hundert Zentimeter eingeschneit werden und 5000 Schneeräumer mit 2000 Arbeitssachen kamen an, um den Schnee wegzuräumen. Alle Eisenbahnhöfe liefen mit ganz unvorstellbar-mächtigen Verpflümmern ein. Auf dem flachen Lande in Bayern war es noch viel schlimmer: dort war vielfach auch für die Menschen kein Durchkommen mehr.

## Im bayerischen Aisgau

war die Schneehöhe gar nicht mehr zu schätzen. Innerhalb kurzer Zeit sind in der Gegend der Kempton nicht weniger als sechs landwirtschaftliche Anwesen in Folge der Schneemassen, die auf den Dächern lasteten, eingestürzt.

Auch der Mittel- und Niederrhein, die Schweiz und Wien meldeten Schneefälle, die den Verkehr lahmlegten oder doch fast behinderten. Und wie im Süden und Westen, so war es auch im Norden und Osten. Berlin besonders konnte über Schneemangel nicht klagen — dafür klagte die Stadtverwaltung, die gewaltige Schneemengen beseitigen muß, um den Schnee abtransportieren zu lassen. Eisenbahnen erlitten dabei auf dieser Schneefläche ist das eine, daß Tausende von Arbeitssachen durch den Schnee wegführen für kurze Zeit als Schneeräumer Arbeit gefunden haben.

# Vokales und Provinzielles.

## Märzenschnee.

Märzenschnee tut den Saaten weh, lautet eine alte Bauernregel. Es ist aus dem Winter zu wünschen, daß diese Regel nicht als wahr erweise. Tut sie das aber und ist sie wirklich richtig, so müßten nach dem Märzenschnee, der in diesem Vorfrühling — man vergleiche das harte Wort! — über uns niedergeht, alle Saaten rettungslos verloren sein. Einen solchen Schneeeisen, wie ihn uns der augenblickliche März, der bekanntlich im März steht, den Venz einzuhalten, zu beschreiben heißt, haben selbst diejenigen unter uns, welche schon ganz andere Dinge mitgemacht haben, noch nicht erlebt. Benutzten behaupten sie das. Aber der Mensch ist ja im allgemeinen und auch im besonderen ein vergessliches Wesen — „glücklich ist, wer vergißt...“ — und so ist denn mit einiger Gewisheit als wahr zu unterstellen, daß es in der Weltgeschichte schon etliche ähnliche März gegeben haben dürfte. Man weiß es bloß nicht mehr, und im übrigen ist das ja für uns Lebenden, die wir gerade die letzten März zu bewältigen haben, kein ausreichender Trost. Selbst der Zeit kann, wenn es sich erlauben lassen muß, daß man hier und dort feinsinnigen aus völlig verzeichneten äußeren auszusagen hat und daß andere feinsinnigen gleichen von der Erde aus die Trübe der Zeitgebehaltsmittingen mit den Händen herabziehen können; sie stellen sich eben einfach auf die Schneebere, die wir momentan haben. „Nimm vor des Märzchen Zehn dich in acht“, sagt jemand in Shakespeare's „Julius Cäsar“ zu Cäsar persönlich. „Des Märzchen Zehn“ meinen die alten Mä, März, den wir noch vor uns haben. Wenn man auch nicht zugewandert ist, daß Shakespeare an Märzenschnee gedacht hat, als er vor des Märzchen Zehn warnten ließ, so ist doch hart zu behaupten, daß unser derzeitiger Schnee über des Märzchen Zehn hinaus anhält. Die Wetterpropheten mahnen ja etwas: „Woh uns! und woh ihnen!“

Annaburg. Die Zufahrt für den Monat März 1931 gelangt am 16. März 1931 nachmittags von 16 bis 18 Uhr zur Auszahlung.

Annaburg. Der „Bund König Luise“, Ortsgruppe Annaburg, veranstaltete am 10. März abends 8 Uhr im Saale des Waldschloßes in Annaburg eine Königin Luise-Fest. Nach einem eindrucksvollen gesprochenen Vorspruch „Ich dien!“ wies die Vorsitzende in ihrer Begrüßungsansprache hin auf die Bedeutung des Tages und knüpfte ihre trefflichen Ausführungen an ein edel deutliche Aussprüche der Königin Luise. Ein feines von sechs Jungfrauen gut gespieltes Festspiel: „Aus erster Zeit“, hob sich weit über den Rahmen des Alltäglichen, fand lebhaften Beifall und die Besammelten erhoben sich zum gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes. „Dorf und Stadt“, zwei niedliche Bilder aus den Jahren 1913 und 1923 (Sammlerzeit), die erheben den Gesänge, „Frühlingsglaube“, „Selberbesten“ und „Der Venz“, sowie ein heiteres Spiel, betitelt „Königshen“, fanden ebenfalls ungeteilten Beifall. Das Spiel spielte, sehr beliebt aufgenommenes Theaterstück: „Die Frau Bertholders in Wien“, beendete die wohlglückliche Veranstaltung, für deren gutes Gelingen die Vorsitzende allen Mitwirkenden den wärmsten Dank aussprach.

Fest (Eifer). Das Hochwasser der Schwarzen Elster hat sich momentan auf einen Vorflut im Mühlungsgebiet höchst unangenehm ausgewirkt. Der Rückfluß der Elbe ist noch hier zu spüren, so daß die Frelber bei Semfendorf noch weiterhin unter Wasser stehen. Die Verbindung von Semfendorf nach einem Nachbardorf ist bereits abgebrochen und in einzelnen Kellern und Scheunen ist das Wasser auch schon eingedrungen. Die Erregung der Einwohner ist umso größer, als der heißen Lage sehr schnell durch die Regulierung der Gölzlage abgeholfen werden könnte, die auch behördlicherseits schon seit Jahren erwogen wird. Bisher sind aber leider die Vorarbeiten über das erste Stadium noch nicht hinausgekommen.

Belgern. Durch einen gemeinen Streich ist die Maschinenfabrik Jahn hier schwer geschädigt worden, indem eine ruhlose Hand Wasser in den Mäfler des Treckers gegossen hat, das froren und den Motor zerprengte.

Senftenberg. Ein Motorradfahrer aus Senftenberg 2 fuhr mit seinem Motorrad im niedrigsten 60-Kilometer-Tempo dem Auto eines Arztes in die Gänge. Der Anprall war so heftig, daß das Motorrad in der Karosserie stecken blieb. Der Motorradfahrer wurde mit großer Wucht vom Rade geschleudert und blieb bewußtlos mit schweren Schädelverletzungen liegen. Der Verunglückte wurde sofort in das nahegelegene Annapfahlsrankenhaus gebracht. Der Arzt trug Verletzungen an der linken Hand und an der rechten Hüfte davon.

Mersburg, 7. März. Nach zwei Jahren als Leiche gelandet. In der Nähe von Schlopau war vor etwa acht Tagen die nackte Leiche einer Frau aus der Saale gelandet worden, die einen seidenen Strumpf um den Hals geschlungen lag. Wie die Ermittlungen ergeben, haben hat die tote schon vor zwei Jahren den Tod in der Saale gesucht. Sie stammt aus Weipensfelde. Zwei Jahre hat der Leichnam in Wasser gelegen, bis er jetzt an die Oberfläche kam.

Mersburg, 10. März. (Ein Dorf ohne Konfirmanden.) Im Schneewitz im Kreise Merseburg gibt es indessen Jahre seinen einzigen Konfirmanden, eine Folge des Geburtenausfalls im Kriegsjahr 1916 bis 1917.

# Achtung! Achtung! hier Annaburg, Sie hören..

Ein Konzert ist nicht dazu da, um Heruntergefahren zu werden wie ein Teller vor Mühen. Man soll es mit Verstand genießen. Deshalb ist dem 2. Symphoniekonzert, das das Orchester Hof-Annaburg, verführt durch das Frühjahrs- und Ausbreiten in diesem Winter am 19. ds. Ms. veranstalten wird, eine lange Einführung vorausgeschickt.

Die Frelber des Programms sind die 3. symphonische Dichtung von Franz v. Liszt, betitelt „Les Préludes“ und die Ouvertüre zu „Egmont“ von Ludwig van Beethoven. Liszt war der größte Klaviervirtuose und gleichzeitig ein viel-schöpferischer Tonbildner aus dem vergangenen Jahrhundert. Mannigfache Anregungen begeisterten ihn zur Schaffung von 12 symphonischen Dichtungen, das sind Orchesterstücke, die sich aus mehreren Teilen zusammenlegen und etwas Bestimmtes ausdrücken sollen. Eine von diesen sind „Les Préludes“. Sie verdanken ihre Entstehung einer Stelle in den Werken des französischen Dichters Lamartine, die auf Liszt einen so tiefen Eindruck machte, daß er sie musikalisch nachzufassen beschloß (1854).

„Les Préludes“ heißt ins Deutsche übertragen „Die Vorspiele“. Das menschliche Leben voll darunter verstanden werden, das mit allen feinen Abschnitten, seinen Erlebnissen, seinem Streben doch nichts mehr ist als ein kurzes Vorspiel für die lange, ewige, unbekannt Melodie des Todes.

Die vierfache Teilung der romantischen Dichtung hat Liszt übernommen, und so spielen am Hörer in Tönen veränderliche Frühlingsschimmungen, ihre Unterbrechung durch raube Lebensstürme, Flucht in die Stille der Natur und des Landlebens, schließlich Rückkehr aus der Ruhe in Kampf und Gefahr. Alle Teile gehen ohne Pause ineinander über.

Liszt befreit sich und benutzt die Ausdrucksmittel des Orchesters bis zum äußersten.

Von ersten Teil kennzeichnen zarte melodische Bewegungen der Streichinstrumente durch gelassenen Flüstern unterstützt; aufkommender Frühlingssinn ebnet sich wieder ab.

Ein Hofen erhebt jedoch das Orchester im zweiten Teil. Streicher und Bläser wetzeln, die Gemalt der Stürme darzustellen. Langsam klingen sie ab und geben dem lächelnden, tänzelnden dritten Teile Raum. Für jedes Ohr ist der Unterchied sojaglich zu hören.

Doch da ertönen schmetternde Hörner in die Ruhe. Sie rufen zu Kampf und Sieg. Der Mensch muß hinaus und er liegt tapfer seinen Mann. Melodien aus dem ersten Teile — aus seiner Jugend — begleiten ihn und fügen ihn, bis er den Sieg im Lebenskampf errungen hat. Mit brausenden Akkorden schließt das Werk.

Auch die Egmont-Ouvertüre von Beethoven ist aus dem Geiste einer Dichtung geboren.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts lastete auf dem Volke der Niederländer spanische Fremdherrschaft. Ein früher ermüdeten Unterdrückten in einem Volksaufstand, dem Grafen Egmont. Sein Unterworfene schloß sich. Als Mann und Held fällt er für sein Vaterland auf dem Schaafst. Doch sein Tod ist nicht umsonst. Die Niederlande raffen sich auf und ertämpfen sich in jähem, jahrelangen Klingen die Freiheit.

Diesem Stoff hat der größte deutsche Dichter, Johann Wolfgang von Goethe, in die Form eines Trauerspiels gegossen. Im 1810 schuf Beethoven zu dieser Dichtung eine Umräumungsmusik, deren bedeutendster Teil die Ouvertüre ist, ein Werk, das noch heute der Erdball bewundert und ewig bewundern wird. Die Ouvertüre stellt keine Einzelheiten dar. Er gestaltet die großen, gewaltigen Bewegungsträfte, die dem Trauerspiel zugrunde liegen. Ein Egmont ist die Veranschaulichung des gedrückten Volkes. Er ist der Kämpfer für alle feindselig unterdrückte Menschheit, in ihm fallen alle feindselig Gefährten, der Trümpf, der aus seinem Tod erwacht, ist der Sieg der gedrückten Freiheit über brutale Tyrannei.

Ein voller Orchesterchor kündigt die Gewalt an, mit harten Schritten tritt die Tyrannei in den Streicherstimmen auf, Hagendes verzweifelt Schreien in Bläsern und Bassen folgt als Ausdruck des Leidens der Gekerkerten; da erscheint fehnelle Bewegung von den Geigen und Celli ausgehend — der Aufstieg ist da. In Güte, in stolzer Gewalt ruht der Befreier des Zyrannen Herr zu werden. Doch erheit, unerträglich und unerschütterlich, in brutalen Tönen legt sich die Gewalt durch — ein schneidender Hieb in den Geigen — das Haupt Egmonts fällt.

Doch nur einer kurzen 8 Takte langen Trauer gibt sich das Volk hin. Wie flackerndes Feuer beginnt in den Streicherstimmen der gewaltige Kampf, aus dem Orchester Egmonts zieht das Volk schmetternde Fanfaren den Sieg des Rediges; die Ansehlichkeit zerbricht. Wahnhafte, eine Musik, die die Seele jedes Deutschen erschüttern sollte. Sie ist an keine Zeit gebunden.

Aber auch dem letzten Gesdamm trägt die Vortragsfolge ausgiebig Rechnung.

Neben dem ohne weiteres verständlichen Trümpfmarf aus der Oper „Aida“ von Verdi und einem Nocturno, einem Stimmungsstück aus der Begleitmusik zum „Sommerachtsraum“ (Dichter: der Engländer Shakespeare) von Felix v. Mendelssohn-Bartholdy gelangt ein wertvoller musikalischer Schatz zur Ausführung.

Der erst kürzlich verstorbene Komponist und Dirigent Prof. Siegfried Dörs hat verucht, an dem schlichten deutschen Volkslied „I kommt ein Vogel geflogen“ die Eigentümlichkeiten und Eigenarten der bekannten großen Komponisten darzustellen, indem er es entsprechend oft verändert. War die Komposition auch anfänglich für den Klavier geschrieben, so ist sie doch auch von Fr. Hofmann instrumentell bearbeitet worden. Zunächst wird das unveränderte Lied vorgelesen und wird dann angesetzt von Kompositionenweisen der Tonbilder Bach, Haydn, Mozart, Joh. Strauß, Verdi — man vergleiche mit dem Trümpfmarf aus Aida, Gounod, Richard Wagner, Beethoven, Mendelssohn, Schumann, Brahms, Meyerbeer. Zum Schluß wird es sogar a la Schubert, nämlich als Klavierstück, freiert. Das dürfte für manchen der Höhepunkt des Abends werden.

Wenn es zutrifft, daß eine Annaburger Dame durch den Vortrag zweier Sopranarien mitunter beschäftigt, so wäre darin eine wertvolle Bereicherung des Konzertes zu sehen. Es soll unter anderem in Aussicht genommen sein, die Arie der Sulfame aus der Oper „Die Hochzeit des Figaro“ von Mozart. Sie gehört zu dem hünerischen, was je für eine Frauenstimme geschrieben worden ist.

Gelangt ist die ursprüngliche Musik; fingen sollte und könnte jeder Mensch lösen er nicht hoffnungslos mit dem Kopf nach unten von der Tonleiter gefallen ist; darum benutze man jede — meist so feltene — Gelegenheit, künstlerischer Gehang zu hören und daraus Anregung für die eigene Betätigung zu gewinnen. — Die Einzelheiten des Konzerts werden besonders angezeit. Demuth.

## Kino-Schau.

Im Palaß-Theater gelangt wieder ein außer-gewöhnliches Sonderprogramm zur Vorführung, eine acht-stufige Kriminalromödie mit Magda Sonja betitelt: „Hotel-geminnisse“. Der Film spielt in Biarritz und ist eine Spitzen-leitung der Filmkunst. Ferner läuft der Film nach dem Schauspiel: der Schöpfer, ein dramatisches Werk mit Bernhard Goethe, der in: „Zwischen Liebe und Pflicht“ wieder keine filmliche Begabung beweist. Bei der Länge des Programms wird gebeten, die Anfangszeit zu beachten.

## Kennt Ihr Annaburgs Gasthaus „Neue Welt“

Mit all der märchenhaften Blumenwelt. Ihr kennt sie nicht, ob das ist ewig schade. Belebt Euch schnell und auf die Art gemacht. Dort könnt Ihr hehr Fremdenwörter schauen, Und unterm Himmelszelt, dem ewig blauen Weht eine würzig warme, frohe Luft. Dort könnt an Leib und Seele Ihr genießen Und einmal recht von Herzen heiter sein, Drum alle, alle Menschenwunder, Die laden wir zum Rosenfest ein. Am Fize dieses findet Ihr das Datum Und auch den Ort, wo man verammelt sich, Es glauhe jeder, aus dem Glases Fatum Und jeder fast, ich komme hierher! Zum Rosenfest am 14. März. Denn dort laß ich bestimmt mein Herz.

## Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 13. März, abends 7/8 Uhr: 2. Passionsandacht mit Beichte u. Abendmahlsfeier. Anmeldung im Pfarrhaus erbeten.

## Konservengemüse

genießen an Wohlgeschmack durch Zufuh einiger Tropfen

Maggi's Würze





Die sächsischen Industriellen bei Brüning.

Sofortige Reichshilfe notwendig. Umlich wird mitgeteilt: Der Reichsforsler empfangt heute (Freitag) vormittag in Gegenwart des sächsischen Finanz- und Wirtschaftministers Dr. Sebrich und weiterer Vertreter der sächsischen Regierung eine Abordnung des Verbandes sächsischer Industrieller. Der Vorsitzende des Verbandes, Direktor Wittke, legte die besonders große Notlage der sächsischen Industrie dar und betonte unter Hinweis auf die Kundgebung vom 23. Januar in Chemnitz erneut die dringende Notwendigkeit, den sächsischen Notstandsgebieten sofortige Hilfe zu bringen. Die anschließende Aussprache beschäftigte sich vor allem mit der Frage der Verteilung der Reichsaufträge sowie der Senkung der Produktionskosten. Von der Reichsregierung wurde die Bereitwilligkeit erklärt, bei den Entlohnungen die Aufträge vergeben, dahin zu wirken, daß Notstandsgebiete mit ungewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt berücksichtigt werden. Am Schluß der mehrstündigen Besprechung stellte der Reichsforsler zusammenfassend fest, daß die Notlage Sachsens allen beteiligten Reichsorganen Anlaß geben werde, engste Fühlung mit der sächsischen Industrie zu halten, die Reichsregierung sei bereit, zu helfen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger über die politische Lage

Auf einer Kundgebung der Zentrumspartei in Algermissen wandte sich der preussische Landwirtschaftsminister gegen die Nationalsozialisten. Er betonte, der Erfolg der Nationalsozialisten sei mit Schlagworten erworben worden. Man müsse aber jetzt ihre Verheißungen vor dem Maß und ihr Verhalten im Reichstag einander gegenüberstellen. Die Nationalsozialisten hätten gegen den Antrag des Christlichen Volksbundes auf Austritt aus dem Völkerverbund, ebenso gegen den kommunizistischen Antrag auf Einstellung der Tributzahlungen gestimmt. Das sei wahrlich ein gewaltiger Unterschied zwischen Versprechen und Tat. Die Ängsten der Nationalsozialisten vor der Nationalsozialisten aufzufahrt werden. Die Einführung der nationalsozialistischen Reichsstaatsbank würde Inflation und Volksehrwürde bedeuten. Mit sächsischer Erregung schilderte dann der Minister die Art und Weise, mit der man dem Weissen Vater angreife. In einer Wochenchrift nenne man ihn einen rüdenwärtigen besessenen Kopf mit abenteuerlichen Eingespinnnen. Dr. Steiger legte weiter dar, wie gerade das Agrarprogramm der Nationalsozialisten vertrieben und ausgelegt werde, je nachdem wie der Wind wehe. In dem Augenblick, wo es östlich, die Agrarorgane zu schaffen, gingen Nationalsozialisten und Deutschnationale im Lande mit Schlagworten haufen. Die Agrartrifft gehe durch die ganze Welt. Sie sei nicht, wie die Deutschnationalen meine, eine Folge der Youngpläne. Fest steht, daß nach die Regierung so weit über die Landwirtschaft gehen habe, wie die Regierung Brüning. Gegen Winters Gebiete habe sich heute im Reiche das gleiche ab, wie gegen ihn (Steiger) vor mehreren Jahren im Lande Hannover. „Wie sind wir weiter gekommen?“ fragte der Redner und schloß: „Die Ausfuhr ist gering geworden und wir haben zum ersten Male eine aktive Handelsbilanz. Auf diesem Wege müssen wir weiter arbeiten.“

Neues Arbeitszeitgesetz.

40-Stunden-Woche. Fortsetzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer eingehenden Aussprache zur Lage Stellung genommen. Der Bundesvorstand hatte zwei Entschlüsse zur Lohn- und Arbeitszeitfrage vorgelegt. In den Entschlüssen wurden u. a. folgende Forderungen erhoben: 1. Die Entlohnung auf dem Arbeitsmarkt fordere nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkräftung der Arbeitszeit. 2. Die Arbeitszeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte zu verteilen. Es soll ein

Märtyrer der Liebe

Roman von J. Schneider-Förstl. 20. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Ich habe es ja gewußt, daß du heute alles verzeihst, kleine Liebe.“ Sie war selbst in den Keller gestiegen und trug in ihrer großen Rüdenschürze einen Sögel von Flaschen nach oben. „Schön, daß du heute noch alle Flaschen hast! Das reicht noch einmal für eine Hochzeit.“ Ergründeten hielt sie inne. Am Eingange stand Reichmann, das sonst so gesunde gerötete Gesicht in fahlem Grau spielend. Sein Körper neigte sich etwas vorneüber, als vermögten die Füße die Last nicht mehr zu tragen. „Erlaubst du mir auf und lief auf ihn zu. „Georg, was ist dir?“ „Gib mir ein bißchen zu trinken! Trage mich etwas!“ Er suchte nach einer Glögengelegenheit. Hanna hatte ihm bereits einen Stuhl frei gemacht, auf den er ganz erschöpft niederfiel. Das Glas mit Wein, welches sie ihm, schnell die Schürze wiederfindend, reichte, leerte er auf einen Zug. „Danke!“ sagte er halbtaub, noch immer etwas benommen. Dieses Schwimdelgefühl war einem Schlagtreffen ganz ähnlich gewesen. Verwirrtes Optimum! „Was ist es denn?“ hat Erlaubst du.“ Sie kniete vor ihm mitten zwischen den beiden Tannenzweigen und freitelte seine Hände. „Bist du krank, Georg? Hast du eine böse Nachricht bekommen, Liebster? Sage doch!“ „Nein, nein! Sei ganz ruhig, Kleines!“ Er merkte, wie Hannas und Friedrichs Augen forschend an ihm hingen. Das machte ihn unsicher. Es war das Beste, sie fürchten von ihm selbst den ganzen Scherhaufen, soweit sie ihn eben wissen durften. Die Wahrheit dürfte er natürlich nicht sagen. Und die Liebe fiel ihm schwer.

neues Arbeitszeitgesetz geschaffen werden, in dem, der Zeit entsprechend, die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt werden soll.

Der Bundesvorstand fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Stellen, den bisherigen Druck auf die Röhre sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmen den Schutz zu gewähren, den andere, weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.

Hauptauschluß des Preussischen Landtages.

Nach weiterer Aussprache wurde in der Abstimmung u. a. ein deutschnationaler Antrag angenommen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß unabhängig von der Entwicklung des Mittelstandes die Ober durch Ausbau oder Aufstauung bestmöglich wieder zu der wertvollen Straße des deutschen Flens ausgebaut werde, die sie früher gewesen sei. Ebenso fand ein Zentrumsantrag Aufnahme, in nächsten Jahre Hausbaufördermittel zur anderweitigen Unterbringung des heimischen Familien in Hannover-Minden bereitzustellen. — Damit war die Vorbereitung des Haushaltsjahres erledigt. Am Dienstag beginnt die Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums.

Der Fehlbetrag im Haushalt.

Veratungen des Preussischen Kabinetts. Nachdem in einer Besprechung der Ressortminister am Dienstagvormittag über die Stellung Preussens zur Geierfleischfrage Beschlüsse gefasst worden ist, fand am Nachmittag eine Sitzung des preussischen Kabinetts statt, die sich mit dem im preussischen Haushalt entfallenden Fehlbetrag, der sich auf 20 Millionen Mark belaufen soll, beschäftigte. Wie verlautet, ist geplant, den Ausgleich durch Sparmaßnahmen zu schaffen. Vor allen Dingen sollen die Reisegebühren gekürzt werden. Außerdem ist über eine Kürzung der öffentlichen Unterhaltungsbeihilfen sowie über den Fortfall der Reaktionskosten für Beamte gesprochen worden. Auch andere Einparmassöglichkeiten sind erwogen worden. Mit Personalfragen hat sich die Kabinettsitzung nicht beschäftigt.

Doppelvorlage zum Stbifsegesetz.

Der Reichstag hat das Stbifsegesetz in der Fassung angenommen, die die Ausschüsse der Regierungsvorlage gegeben haben, wozu auch Entschuldigungsmaßnahmen außer für die ursprünglich vorgesehenen Gebiete auch für die Provinz Schleswig-Holstein, die bislich der Elbe gelegenen Teile der Provinz Sachsen und die Länder Sachsen, Anhalt und Oldenburg getroffen werden sollen. Die Reichsregierung hat der Einbringung dieser Gebiete unter gewissen Bedingungen zugestimmt und will von der ihr gegebenen Ermächtigung auch dort Eingabemaßnahmen durchzuführen, möglichst weitgehend Gebrauch machen, jedoch nicht hinsichtlich der Provinz Schleswig-Holstein und des Landes Oldenburg. Sie dürfte daher, da viele Gebiete schon seit durch den Reichsstatut feststehend doch mit einbezogen worden sind, entsprechend der Abstimmung des Ministers Textvoraus dem Reichstag eine Doppelvorlage unterbreiten, die im Gegensatz zu der vom Reichstag angenommenen Vorlage für die Provinz Schleswig-Holstein und für Oldenburg Entschuldigungsmaßnahmen im Rahmen der Stbifse nicht vorsieht.

6000 amerikanische Arbeitslose reisen nach Sowjetrußland. Moskau. Eine 6000 Arbeitslose aus den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich an die Sowjetregierung gewandt mit der Bitte, ihnen die Einreise nach Rußland zu gestatten, um dort Arbeit zu finden. Die Sowjetregierung hat die Gesellschaft Antrag dahin angewiesen, daß die Einreise amerikanischer Arbeiter nach der Sowjetunion nicht generell genehmigt werden könne und daß besondere kollektive Gruppen gebildet werden müßten, die nach Rußland müßten auf ihre persönlichen Kosten einreisen. Für die 6000 Amerikaner wurde die Einreiseerlaubnis erteilt.

Am den Tagungsort der Abrüstungskonferenz.

Am den Tagungsort der Abrüstungskonferenz von 1931 ist jetzt ein heftiger Streit entbrannt. Vertreter der Stadtverwaltung von Barcelona sind neben hier eingetroffen, um mit den zuständigen Stellen des Völkerverbunds-Sekretariats zu verhandeln. Diesen Verhandlungen liegt ein großzügiges Angebot der Stadtverwaltung von Barcelona zugrunde, in dem u. a. die Paläste und Ausstellungsgebäude Barcelonas der Konferenz kostenlos zur Verfügung gestellt und kostenloser Beförderung und Unterbringung sämtlicher Beamten des Völkerverbunds-Sekretariats sowie kostenloser Besichtigungsfahrten nach den Valencen zugesichert werden. Außer Barcelona haben inzwischen auch Lausanne, Wien, Genua und Wien um die Wahl als Tagungsort nachgesucht. Die endgültige Entscheidung über den Tagungsort soll auf der Maiung des Völkerverbundsrates fallen.

Der Vorkurs der englischen Heereskassen

40 Millionen Pfund für das Landheer. Der Haushaltsvorkurs für die britische Armee wurde am Freitag vom Kriegsminister veröffentlicht. Die Kosten belaufen sich auf 39.930.000 Pfund, was eine Verminderung um 570.000 Pfund gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Die Stärke des Heeres in England soll 148.800 Mann betragen, jedoch ist die tatsächliche Stärke infolge der Rekrutierungsschwierigkeiten um etwa 10.000 geringer. Die Anwerbungen reichen kaum aus, um die Abgänge wegzumachen. Die Territorialarmee beläuft sich zurzeit auf 6.784 Offiziere und 127.282 Unteroffiziere und Mannschaften. Damit ist die Sollstärke von 8.055 Offizieren und 159.592 Mann noch nicht erreicht. Entsprechend dem Jahresprogramm zur Mechanisierung der territorialen Feldarmee werden 219 Feldbatterien und 43 minder schwere Batterien mit Automobilsprüngeleinrichtungen ausgerüstet.

Am die Behebung der Wirtschaftskrise.

Bundeskanzler Ender ist optimistisch. Bundeskanzler Dr. Ender gab am Freitag im Nationalrat einen Überblick über die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er schloß mit den Worten: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so dürfen wir erwarten, daß wir den Tiefpunkt der Wirtschaftskrise bereits überwunden haben. Er wies auf die keineswegs unangenehme Voraussetzung des österreichischen Konjunktur- und Arbeitslosen in Österreich, daß seit länger Zeit zum ersten Mal zu verzeichnen sei. Die belobende Wirkung der fortlaufenden Senkung der Zinssätze für kurzfristiges und auch für langfristiges Geld könne nicht ausbleiben.“

Wildwest im Korridor.

Überfall von Räuberbanden auf Kohlenzüge. In der letzten Zeit werden immer häufiger Güter- und Kohlenzüge im Korridor von bewaffneten Räuberbanden, die bis zu 50 Mann zählen, überfallen. Im vergangenen Sonntag hat wiederum am hellen Tage eine dorfähige Bande, die mit schweren Knütteln bewaffnet war, in der Nähe von Dirschau einen fahrenden Zug zum Halten gezwungen und zwei Tonnen Kohle gestohlen. Einige Stunden später wurde auf derselben Strecke ein ähnlicher Überfall verübt, wobei wiederum zwei Tonnen Kohle und einige Äpfel mit verschwinden waren den Räubern zum Opfer. Im zweiten Falle gelang es der Polizei, drei der Schuldigen festzunehmen und einen Teil der Beute wieder zu erlangen. Im Laufe der letzten zwei Wochen ist diese schon der sechste ähnliche Raubüberfall in dieser Gegend.

Freiheitsrecht in Japan.

Fazio. Das japanische Parlament hat ein Gesetz angenommen, wonach der Japaner das Wahlrecht erwerben wird. Es beginnt beim Alter von 25 Jahren.

„Ich habe — ich bin — ich war gestern ein bißchen lange aus — Jungesellenabschied — und hatte abends, als ich heimkam, wohnungsfähiges Kopfschmerz.“ — Die Liebe ging glatter, als er geglaubt hatte, seine Stimme wurde sicherer. — „Zu Hause habe ich mir einen Schlaftrunk gemacht, um heute ganz frisch zu sein. Ich habe mich verzerrt und Opium erwirkt. Wenn Silberst nicht gewesen wäre, müßte ich mich jetzt zu den Toten zählen, Erlaubst du.“ Ihre Augen waren entsetzt auf ihn gerichtet. Was das ihr Traum gewesen? Mit lautlosem Weinen fiel ihr Gesicht gegen seine Arme. „Komm, gib mir noch einmal zu trinken!“ mahnte er. „Es ist nur noch ein letzter Rest von Schwäche, der mich zuweilen ganz duseelig macht. Du hast mich ja, — du hast mich ja! wiederholt er und zog sie mit Aufbietung aller Kraft zu sich heran. Hanna reichte ihm ein bis an den Rand gefülltes Glas, das er nach hinunterstürzte. Dann erford er sich, die Braut am Arme, und stieg mit ihr die Treppe hinauf. Aber er konnte sie nicht in einem Arme nehmen. Zweimal hielt er im Steigen inne und mühte sich schwer auf das Geländer. Ihre Augen hingen in verzehrender Angst an seinem Gesicht, sie war so bleich wie er selbst. „Armes Mädchen!“ schrie er und griff nach ihrer Hand. Ergründeten zog sie dieselbe herab. Ihre Hände — Seine Finger waren kalt und feucht. „Sage ich dir etwas?“ fragte er mit einem apathischen Lächeln. „Sie schwieg und hob ihren Arm stützend unter den seinen. Auf dem letzten Treppenaufzuge küßte er sie. Nicht heiß und kühlend wie sonst, sondern gestillt, beinahe nützlich, wie in Gedanken verloren. Sie glaubte, den Fuß zurückzugeben. „Nun?“ mahnte er, verunndert und gekränkt zugleich. Da küßte sie ihn. Aber ihre Lippen streifen ihn nur wie ein Hauch. Unten, an der Treppe, zwischen all dem lachenden Grün stand Hanna und sah den beiden nach. „Ich habe — ich bin — ich war —“ hatte er gesagt. Und ihr scharfes Ohr

und ihr nicht minder aufmerksames Auge hatten die Liebe erkannt. Opium wollte er mit einem Schlaftrunk verwechseln haben. — Nicht war es gewesen! War er der kleinen Liebe überdrüssig geworden? Er brauchte es ja nur zu sagen, wenn er frei sein wollte. — Willest du es besser gewesen, sie könnte ihn heute zu den Toten rechnen. Von der Küche her kam ein Brandgeruch. Heißer Gott! Dieses verdammte! „Ich habe — ich bin — ich war“ hatte ihr ganzes Denken verflochten. Sie haßte, sie haßte es ihre Lebenshilfe gestattete, den langen dunklen Gang zurück. Der Geruch wurde immer verdächtiger. Die Türe der Küche stand weit offen. Vor dem aufgeklappten Herdofen stand mit köstlichem Lächeln, das alle Wunden der Spähenfrucht widerpiegelte, Baron Werken und sah mit einem Blinzeln auf das vollständig verholzte Badmer. „Ein Tischchen gemacht? — Was?“ „Herr Jesus! Mein Gott, wenn ich nur drei Minuten aus der Küche hinausgähe, ist schon geschäft.“ sagte sie und griff äppelnd nach dem halb verholten Badmer. „Meinetwegen könnten Sie das Zeug alles wegnehmen. Und die Liebe wird sich auch mit anderen Günstigkeiten entschlagen.“ — „Ist sie oben?“ — „Bei ihrem Doktor! So!“ Mit schwarzem Schrit ging er nach der Türe. Die Tassen und Teller des großen Esstisches türnten leise aneinander. Friedrich räunte eilig die fertigen Kränze beiseite, denn der Baron stampfte unbefürchtet mitten durch Tannengrün, Farne und Rosen. Sein Tritt zerrnichte und getrat alls erbarungslos. Die Treppe schlingte leise in weßem Neßgen, als er die Stufen nahm. Oben in dem breiten, mit Steinfliesen belegten Korridor tanzten ein paar Vögelchen, die schmalbüchsig durchs Schlüsselloch geschlüpft kamen. An den Wänden hingen noch Leberrelle von Kupferfischen, die feinsten feinen Liebhaber gefunden hatten und so des Barons Eigentum geblieben waren.

(Fortsetzung folgt.)

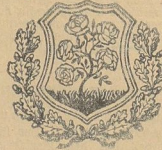


# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Besteller, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zögnerstr. 3, entgegen.  
In Fällen bösserer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Weitergabe. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeit. 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Scherz- und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Preisdruck-Anschluß Nr. 224.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. halle.

Nr. 30.

Donnerstag, den 12. März 1931.

34. Jahrg.

## Am Beobachtungsstand.

Die Reise der neun deutschen Großindustriellen nach Schweden, die sehr überraschend kam, hatte wieder einmal das ganze Für und Wider in unseren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Ausland zu einer heftigen Debatte aufblenden lassen. Weidens drängt sich ja dräuslich genug auf, und selbst wenn man dabei einmal von politischen Absichten läßt — worauf freilich sofort der Einwurf kommt, daß man dies gar nicht tun könne und dürfe — und lediglich das wirtschaftliche Verhältnis in den Kreis der Betrachtung zieht, so sprechen die Für und Wider nicht minder laut. Gewiß sind umfangreiche Beschäftigungen russischerseits bei der deutschen Industrie erfolgt, aber es hat dabei an großen Schwereleistungen nicht gefehlt, die eben vor allem aus der so ganz andersartigen „antiantarktischen“ Wirtschaftsstruktur des heutigen Auslands mit seinen Kaufhandelsmonopolen usw. resultieren. Außerdem hatten wir namentlich in letzter Zeit ganz außerordentlich unter dem Warenexport Auslands zu leiden, wurden also Güter in Massen nach Deutschland weit unter jeden vernünftigen Geschäftspreis exportiert. Und schließlich verlangen die Russen bei ihren Bestellungen auf deutsche Waren ganz unverhältnismäßig lange Zahlungsfristen, so daß hier sehr große Kredite eingezahlt werden mußten, die vom Reich bzw. den Ländern garantiert werden mußten. Auf der anderen Seite ist aber Auslands das große Loch im europäischen Wirtschaftskreis, eine der Ursachen, daß als Absatzgebiet nur wenig in Frage kommt trotz der 150 Millionen Menschen, die dort wohnen. Und verbumwörtlich ist es nicht, daß sich um die Gegenwart und die Zukunft selbst dieses wirtschaftlich nicht angenehme zu behandelnden Absatzgebietes die großen Industriestaaten scharf bekämpfen. Wo und zu allerdings — schäuf man vor dem russischen Export die Tür zu, aber lesen müssen sie alle trotz der Erwähnung und noch anderer Schwereleistungen. Das wissen die Russen und handeln entsprechend; und Deutschland ist dabei merkwürdig bedrückt worden, obwohl wir nach dem Vertrag von Rapallo und dann nach dem von Berlin glauben, zu etwas erwarten zu dürfen. Wenn die deutschen Industriellen, wie verläutelt, in Moskau nach dieser Richtung hin eine stärkere Verfügtung zu erwarten haben, die nächste Zukunft erreicht haben also mit größeren Bestellungen für unsere Schwer- und Elektroindustrie zu rechnen wäre, so können wir, die wir heute wirtschaftlich von einer sehr mangelhaft gefüllten Sand in den Mund leben, damit nur zufrieden sein. Daß dabei aber auch die Reichsregierung durch Kreditbereitstellung mithelfen muß, kann man dem Grund der verschiedenen Erfahrungen mit dem Ausfuhrgeschäft wohl schon heute denken.

Natürlich ist das Ergebnis der Moskau-Reise auch unter dem für Deutschland so wichtigen Gesichtspunkt einer möglichen Wiederherstellung der Arbeitslosigkeit zu beurteilen. Endlich, mit dem Ende Februar ist ja nun zum erstenmal seit langen, langen Monaten ein wenn auch nur leichtes Sinken der Arbeitslosenziffer erfolgt. Es ist zum Teil ein „saisonbedingtes“ Sinken des Beschäftigungsgrades. Der Bedarf an Verbrauchsgütern ist zwar unweitlich sehr groß, obwohl beim Konsumieren selbst wie beim Handel, aber hier wie dort fehlen die Mittel, um diesen außerordentlichen Bedarf schnell und umfangreich in das Kanalnetz der Bestellungen und Käufe abfließen zu lassen. Immerhin ist ein langames, allmähliches Tröpfeln und Abfließen in manchen Gebieten der Wirtschaft zu verspüren. Sollen sich jetzt wieder noch die Saisongewerbe, also vor allem die wichtigsten unter ihnen, Landwirtschaft und Baugewerbe, was sie in der Aufnahme von Arbeitslosen leisten können? Die 800.000 unbefähigten Bauarbeiter zeigen allerdings auch, wie furchtbar es in dieser deutschen Schlüsselindustrie seit langem bestellt ist.

Und die Landwirtschaft? Hier handelt es sich ja — leider — nicht nur um große wirtschaftliche, sondern um vielfach noch größere politische Schwierigkeiten. Hier soll erst noch ein Programm für die Zeit umgeleitet werden, das selbst in recht beträchtlichen Teilen der Landwirtschaft als unbefriedigend und unzureichend bezeichnet wird. Sings kommen die bekannnten politischen und parteipolitischen Auseinandersetzungen, die auch die härteste wirtschaftspolitische Organisation der Landwirtschaft durchdrängen und dort um maßgebenden Einfluß ringen. Nun aber hat der Bundesvorstand des Reichslandbundes den Beschluß gefaßt, sich von den partei- und machtpolitischen Kämpfen fernzuhalten; die Voraussetzun-

gen für einen solchen partei- oder machtpolitischen Aufmarsch seiner Kräfte erachtet der Bund unter den gegebenen Verhältnissen für nicht vorhanden und daher überläßt er die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Wirtschaft und der politischen Lage sowie der entsprechenden Gegenlegung ganz der Regierung und den Parteien. Diese Neutralität nach beiden Seiten hin wird freilich weder aus der einen noch aus der anderen Seite Zufriedenheit erwecken und Zustimmung finden. Aber wenn das Offiziöse und das Agrarprogramm erst einmal Gesetz sind, dann steht gerade der Reichslandbund vor der Aufgabe, als berufständische Interessensvertretung die Kräfte nicht in der Parteipolitik, sondern auf wirtschaftspolitischen Gebiet einzusetzen, und zwar vor allem in jenem Teil des Agrarprogramms, in dem nun die Union für die tätige Selbsthilfe der Landwirtschaft angedeutet worden sind.

## Danzigerkreuzer B taucht auf.

Vorläufige Stimmenthaltung der Sozialdemokraten.

Über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Kreuzer, insbesondere zum Panzerkreuzer B, hat die mit Spannung erwartete Beratung des Marinecouncils im Haretsbatsauschuss noch nicht die abschließende Klärung gebracht. Die vorläufige Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss und die Erklärung, daß noch Verhandlungen mit der Regierung im Gange sind über Zugeständnisse auf feiner- und sozialpolitischem Gebiet, von deren Ausfall die endgültige Stellung der Sozialdemokraten abhängig gemacht wird, brachte keine Überwindung mehr. Man hatte in parlamentarischen Kreisen bereits vorher vermutet, daß die Sozialdemokratie ihre Karten noch nicht aufdeckt, sondern sich den Trumpf wahrscheinlich bis zur dritten Lesung des Etats im Reichstag vorbehalten würde. Die Erklärung, die der sozialdemokratische Abgeordnete H. J. abgab, ging dahin, daß keine Fraktion sich bei der Abstimmung über die angeforderte erste Rate für das Panzerkreuz B im Ausschuss zunächst der Stimme enthalten werde. Die Fraktion verlange, daß die durch das Flottenbauprogramm erwachsende finanzielle Belastung durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen werde. Sie werde bestimmte finanzielle Zugeständnisse einbringen und erwarte gleichzeitig ein Entgegenkommen bei ihren Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet. Erst wenn diese Fragen geklärt seien, könne eine endgültige Stellungnahme der Fraktion zu der dritten Lesung des Etats erfolgen.

Vorher hatte der Abgeordnete darauf hingewiesen, daß die Fraktion der Sozialdemokraten bisher angeforderten Rate für das Panzerkreuz B die Zustimmung verweigert habe, für sie sachlich keinerlei Veranlassung vorliege.

zum Panzerkreuz B eine andere Stellung einzunehmen. Der Wehrminister habe im Mai vorigen Jahres erklärt, daß die Sozialdemokraten sich bei der Abstimmung über das Panzerkreuz B verweigern würden, wenn es noch angepöbelte als der vorjährige. Die Rede daher nach Ansicht der Sozialdemokraten alle Wahrscheinlichkeit auf die Annahmefindung des zweifelhaftesten zu verzichten. Wenn von der Regierung bürgerlichen Parteien auf die innenpolitische Lage gewiesen worden sei, so verstände sich die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Lösung des demokratischen Regierungssystems und des Nationalismus interessierten Parteien aus der gleichen Lage gewisse politische Forderungen zu ziehen. Die sozialdemokratische Partei habe aber entsprechende Gegenforderungen zu stellen.

Für die Staatspartei erklärte Dr. Seiner seine Freunde die angeforderten Mittel bewilligen ohne damit politische Kompensationen auf andere zu verbinden. Die Marine müsse innerhalb der Möglichkeiten auf der größtmöglichen Leistungshöhe erhalten werden.

Die gleiche Forderung stellte auch der Zentrumspolitiker Ering, der darauf hinwies, daß von den Kosten für die Schiffe etwa drei Viertel auf Grund und Löhne entfielen. Der Bau des zweiten Bz müsse auch deshalb in Angriff genommen werden, Weiterentwicklungen in U-Booten und Flugzeugen werden müssen.

François (Wirtschaftspartei) behauptete, daß die Erprobungen der Reichsmarine zum Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen gemacht würden, und betonte, daß diese Bauten der deutschen Arbeiterklasse nur nützlich seien, da

reiche Arbeitsgelegenheit geschaffen werde. Sigmund (Deutsche Volkspartei) stimmte der ersten Variante für das Panzerkreuz B bednnaunaaals

zu. Seine Freunde bedauerten es, daß die Sozialdemokratie den Bau des Panzerkreuzes dazu benutzen wolle, um auf anderen Gebieten Vorteile herauszuholen.

Die Angelegenheit erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu der Variante.

Nachdem die Redner der Parteien Stellung genommen hatten, hielt

den Schluß Schrecksens Reichswehrminister Dr. Gröner eine kurze Rede. Er wies darauf hin, daß bei der Landesverteidigung Deutschlands die Offize eine besondere strategische Rolle spielen. Diese strategische Rolle der Offize sei nach dem Bestreben durch die unglückliche Grenzziehung im Osten noch gesteigert.

Der Minister erklärte, er werde bei seinen pflichtmäßigen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun zu Lande und zu Wasser, um

den Schutz Schrecksens mit den äußersten Mitteln zu gewährleisten (Schäferer Beifall). Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem durch Verfallenes gelassenen Rahmen entschlossen habe, siehe und falle er mit dieser einmal im Angriff genommenen Flottenpolitik. Ein Zurück gehe es für ihn nicht.

Admiral Räder, der Chef der Marineleitung, sagte abschließend, die vom Reichswehrminister betonte überparteiliche Linie werde sowohl vom Offizierskorps wie auch von Unteroffizieren und Mannschaften strikt eingehalten. Die Marine sei ein einheitliches unverletzliches Instrument der Verfassung.

Die Variante für das Panzerkreuz B wurde dann bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gegen die Stimmen lediglich der Kommunisten und den Stimmen aller übrigen Parteien bewilligt. Auch alle übrigen Positionen des Marinecouncils wurden ohne Abstände und Änderungen genehmigt.

## Unparteiliche Auswahl des Wehrwesens.

Kein Militär als Arbeitererz.

Die Auswahl, die bei dem Ertrag für die Reichswehr getroffen wird, ist des öfteren Gegenstand von Angriffen politischer Parteien gewesen. Man hat dem Reichswehrministerium und einzelnen Kommandostellen den Vorwurf gemacht, daß sie bei der Auswahl des Ertrages nicht allein auf die militärische Eignetheit der Kandidaten Rücksicht genommen haben, sondern auch politische Momente haben mitsprechen lassen. Diese Vorwürfe kamen jetzt erneut bei der Einzelberatung des Wehrhaushalts des Reichstages zur Sprache. Reichswehrminister Dr. Gröner betonte dagegen, es sei durch Fraktionen in verschiedenen

Kreisen von ihm selbst gegeben, die Gründe dafür zu erklären, als auch der Mannschaften, die die persönliche Stimmung prüfen sozialdemokratischer Parteien aufrechterhalten, daß Leute, mal der Arbeiterportieren, in die Reichswehr nicht der gute Wille des Reichswehrministeriums, sondern parteipolitisch gemachten Offizierspflichtige, sei wohl anzuerkennen, sondern man sollte nicht denken, daß die Entwürfe nicht dem Willen des Reichswehrministeriums bedingungslos über den in den Reichswehrangehörigen stehen freier. Mit Verboten haben von dem erreicht, was man er-

Seite waren zahlreiche Vorschläge, darunter auch die Wahlung des Challes, die von dem Reichswehrministerium wurde dagegen, und zwar unter Zustimmung des Reichswehrministeriums, ein Antrag, monach Angehörige des Reichsheeres und der Marine nicht als Ertrag für freilebende oder ausgesperrte Arbeiter verwendet werden dürfen.

Bei dem Kapitel „Verderber“ beanstandete der sozialdemokratische Berichterstatter, daß der Durchschnittspreis für die Reparaturen von 1350 Mark

